

Eine Gerechtigkeitsoffensive für Baden-Württemberg – Gewerkschaftliche Forderungen für die Transformation von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft

1. Einführung

Ob im Handwerk, im verarbeitenden Gewerbe, im öffentlichen oder privaten Dienstleistungssektor: Überall in Baden-Württemberg werden sich auf dem Weg in das Jahr 2030 gewaltige Veränderungen vollziehen. Schon lange befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft des Landes in einer tiefgreifenden Transformation. Die Krisen der jüngsten Zeit, die hinzukamen (Corona, Ukraine-Krieg), haben den Prozess zusätzlich schwieriger gemacht.

Der Anspruch der Gewerkschaften ist: Es muss dabei gerecht zugehen. Unser Leitbild ist ein Baden-Württemberg mit einer starken Wirtschaft *und* einer guten Daseinsvorsorge. Das Land soll selbstverständlich die Klimaziele einhalten. Der notwendige Klimaschutz erfordert eine massive Transformation von Produkten und Produktionsverfahren in dem stark industriell geprägten Südwesten. Voraussetzung für das Erreichen der Klimaziele ist auch eine gelingende Verkehrswende. Für den Ausbau der Nah- und Regionalverkehrsangebote der Bahn beziehungsweise ihre Ertüchtigung ebenso wie für die Stärkung von Daseinsvorsorge und Bildung sind erheblich höhere öffentliche Investitionen des Landes und der Kommunen erforderlich.

Der Wandel wird nur gelingen, wenn es keine Verlierer:innen gibt. Deshalb pochen die Gewerkschaften auf Gerechtigkeit im Wandel: bei der Transformation der Industrie, der Energie- und Verkehrswende und der Bewältigung der Pandemie genauso wie angesichts exorbitant steigender Energie- und Lebensmittelpreise und selbst für die Mittelschicht nicht mehr leistbarer Mieten.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ausdrücklich zu widersprechen, wenn er andeutet, die Kosten der zukünftigen Veränderungen seien zu einem großen Teil auf die Beschäftigten abzuwälzen: »Wir müssen uns auf (...) härtere Einschnitte einstellen. Der Staat kann nicht alles ausgleichen. Dazu muss jeder von uns seinen Beitrag leisten, es wird weniger zu verteilen geben.«¹ Umgekehrt ist es richtig: Wer viel hat, wie die Reichen und Vermögenden, kann auch mehr beitragen. Dem Staat kommt dabei eine aktive, umverteilende und auch gestaltende Rolle zu. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, immer wieder auf die verteilungspolitischen Defizite hinzuweisen,

1 Zitiert nach FAZ 7.4.2022.

schließlich öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter, aber es wird über den stark konzentrierten Reichtum und die daraus resultierenden Pflichten für die Allgemeinheit öffentlich zu wenig gesprochen.

Um die eingeübten Routinen landespolitischer Interessenvertretung aufzubrechen und mehr gesellschaftliche und mediale Wirksamkeit zu entfalten, hat der DGB Baden-Württemberg die Kampagne »BWGERECHT.JETZT« gestartet (siehe Kasten).²

BWGERECHT.jetzt – die Gerechtigkeitsoffensive des DGB

Unter diesem Slogan verdeutlicht der DGB, wie sich unser Leitbild von einem gerechten Baden-Württemberg, in dem alle Einwohner:innen gut arbeiten und leben können, in praktische Politik umsetzen lässt.³ Die Gerechtigkeitsoffensive setzt darauf, dass die Zukunft gestaltbar ist: sozial und ökologisch. Niemand muss auf der Strecke bleiben. Auf den Punkt gebracht: Gerechtigkeit für alle – und nicht nur für wenige. Welche Ungerechtigkeiten wollen wir konkret beseitigt sehen? Was muss erreicht werden, damit die Arbeit der Zukunft auch Gute Arbeit ist? Was muss geschehen, damit es für die Beschäftigten, für junge Menschen, für Frauen und Männer, für Rentner:innen, für Menschen mit Behinderung, für Menschen mit Migrationshintergrund gerecht zugeht in »the Länd«? Hierfür entwickeln wir konkrete Vorschläge und Forderungen.

2. Prekarisierung der Arbeit und Armut im reichen Südwesten

Verglichen mit anderen Bundesländern ist Baden-Württemberg wohlhabend. Allerdings haben nicht alle Menschen am ökonomischen Erfolg des Landes teil. Für viele Menschen ist Gerechtigkeit in ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen nicht erreicht. Im Südwesten sind heute knapp 4,8 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – so viele wie noch nie zuvor. Knapp 1,3 Millionen von ihnen arbeiten allerdings nur als Teilzeitbeschäftigte, davon sind mehr als eine Million Frauen (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2022a). Etwa ebenso viele regulär beschäftigte Men-

2 Gewerkschaftliche Strategieüberlegungen beziehen sich oft auf Organisations-, Tarif- und Betriebspolitik von Einzelgewerkschaften. Mit diesem Betrag wollen wir ein Angebot unterbreiten, um die Ebene des DGB in der Landespolitik auch stärker zum Diskussionsgegenstand gewerkschaftlicher Strategiebildung zu machen.

3 <https://BWGERECHT.jetzt/>

schen arbeiten zusätzlich nebenbei noch in einem Minijob. Trotz der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung des Südwestens und der mit lediglich 3,4 Prozent sehr niedrigen Arbeitslosenquote (Bundesagentur für Arbeit 2022a) ist die Zahl der in Leiharbeitsverhältnissen Beschäftigten mit etwa 150 000 sehr hoch. Rund 350 000 Menschen arbeiten dauerhaft lediglich befristet (Hans-Böckler-Stiftung 2019).

16,4 Prozent aller Menschen in Baden-Württemberg sind von Armut betroffen. Unter den Frauen im Alter über 65 Jahren ist es sogar mehr als jede fünfte (21,6 Prozent). Fast jede/r zehnte Erwerbstätige (8,8 Prozent) ist in Baden-Württemberg trotz Arbeit arm (›Working Poor‹ – Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2022b).

Mitverantwortlich für unzureichende Entgelte ist auch die abnehmende Tarifbindung im Südwesten. Nur noch jede/r zweite Beschäftigte arbeitet in einem tarifgebundenen Betrieb (Lübker/Schulten 2019). Immer mehr Arbeitgeber, gerade im Mittelstand und im Handwerk, entziehen sich der Tarifbindung durch Austritt aus dem jeweiligen Arbeitgeberverband. Für die betroffenen Beschäftigten bedeutet das geringere Einkommen, längere Arbeitszeiten, weniger Sicherheit und später eine knappere Rente.

Schon heute befinden sich ältere Menschen insgesamt in einer schlechteren ökonomischen Lage. Auf eine wachsende Altersarmut weist auch der Anstieg der Zahl der Grundsicherungsempfänger:innen im Rentenalter hin, die sich zwischen den Jahren 2003 und 2020 von 16 659 auf 40 640 mehr als verdoppelt hat. Knapp ein Drittel aller Rentner erhält eine gesetzliche Rente von weniger als 1100 Euro. Bei den Rentnerinnen sind es sogar drei von vier (Deutsche Rentenversicherung 2021). Die heute zurückgehende Tarifbindung und das niedrigere Rentenniveau werden zeitversetzt zu mehr Altersarmut führen.

3. Für bessere Arbeit mit mehr Tarifbindung für alle

Die Gesetzgebungskompetenz für die Sozialpolitik befindet sich überwiegend auf der bundespolitischen Ebene. Sozialpolitik in Baden-Württemberg muss daher im Sinne aktiver Armutsbekämpfung und Lebensstandardsicherung gegenüber der Bundespolitik aktiv Einfluss nehmen und für gute Arbeit mit Tarifbindung und sicherer Rente eintreten.

Das Land hat in den vergangenen Jahren den Arbeitsschutz sträflich vernachlässigt. Die Zahl der aufsuchenden Betriebskontrollen und -beratungen ist stark zurückgegangen und befindet sich auf sehr niedrigem Niveau. An jedem zweiten Arbeitsplatz fehlt eine Gefährdungsbeurteilung (DGB Baden-Württemberg 2019). Diese Defizite gefährden nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sie sind auch schlechte Voraussetzungen für die Weiterent-

wicklung der baden-württembergischen Wirtschaft und zeugen von mangelndem Verantwortungsbewusstsein gegenüber arbeitenden Menschen. Die staatliche Gewerbeaufsicht muss fachlich und personell deutlich gestärkt werden.

Aktuell wird das zu grün-roter Regierungszeit eingeführte Tariftreue- und Mindestlohngesetz reformiert. Der DGB Baden-Württemberg verlangt, dass öffentliche Vergaben an die Tariftreue der Auftragnehmer geknüpft werden. Es muss ein Vergabemindestlohn in Höhe von 13,50 Euro eingeführt werden, der dort gezahlt wird, wo kein Tarifvertrag besteht. Zudem muss die Landesregierung gegenüber der Wirtschaft aktiv für mehr Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen durch den Tarifausschuss des Landes eintreten, wenn sie dem selbst gestellten Anspruch, Land guter Arbeit zu sein, gerecht werden will. Einzig die Tarifverträge im Friseurhandwerk und im Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie jüngst im Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk wurden in den vergangenen Jahren für allgemeinverbindlich erklärt.

4. Für mehr Beteiligung und mehr Demokratie – auch in der Arbeitswelt

Prekäre Arbeit beschädigt auch das Aufstiegsversprechen rund um berufliche Bildung und betriebliche Leistung – eine der Grundlagen für sozialen Zusammenhalt und demokratische Beteiligung. Grün-Schwarz hat sich auch wegen der sinkenden Wahlbeteiligungen mit ihrer »Politik des Gehörtwerdens« mehr Bürgerbeteiligung auf ihre Fahnen geschrieben. In diesem Sinne fordern wir die Landesregierung auf, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken, indem sie aktiv für die Gründung von mehr Mitbestimmungsgremien wirbt. Wahlen zu Betriebs- und Personalräten verzeichnen teilweise erheblich höhere Wahlbeteiligungen als viele Kommunalwahlen.

Wenn die Landesregierung allerdings die Pflegebeschäftigten, von denen sich immer mehr in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di organisieren, mit der Errichtung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeitrag konfrontiert, handelt es sich dabei um eine Form scheinemokratischer Placebo-Beteiligung. Zumal mit einer Pflegekammer gar keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine bessere Finanzierung der Pflege verbunden wären (ver.di Baden-Württemberg/DGB Baden-Württemberg 2020).

5. Für eine aktive Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik in der Transformation

Jahrzehntelang leistete sich das Land in seiner Gesamtheit den »Luxus«, Menschen auszusieben und sich bei der Fachkräftegewinnung auf die vermeintlich »Guten« zu konzentrieren. Dieser Ansatz ist gesellschaftlich ge-

scheitert. Fachkräftemangel in Baden-Württemberg, wo infolge der Transformation der Automobilindustrie und ihrer Zulieferernetzwerke neben die bereits bestehenden und z.T. ungedeckten Qualifikationsbedarfe weitere und neue treten, haben ihre Ursache auch in den Versäumnissen der Aus- und Weiterbildungspolitik von Arbeitgebern, Kammern und Staat. Dazu zwei alarmierende Befunde: Nur noch die Hälfte aller Betriebe in Baden-Württemberg ist überhaupt ausbildungsberechtigt. Lediglich jeder fünfte Betrieb im Lande bildet noch aus (DGB Baden-Württemberg 2022b).

Die Zahl der Ausbildungsstellen ist im Vergleich der Jahre 2018 und 2021 in fast allen Branchen stark gesunken, beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe um 10,1 Prozent, im Handel um 9,9 Prozent und in der öffentlichen Verwaltung um 16,0 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2022b).

Zudem ist die Berufsausbildung mit erheblichen Mängeln behaftet: Bei jedem zehnten Jugendlichen wird der Jugendarbeitsschutz nicht eingehalten, nur die Hälfte der Auszubildenden bewertet die fachliche Qualität der Berufsschule mit »sehr gut« oder »gut«, und mehr als ein Drittel aller Auszubildenden weiß kurz vor Ende der Berufsausbildung nicht, ob der Ausbildungsbetrieb sie übernimmt (DGB Baden-Württemberg 2022b).

Dem Statistischen Bundesamt (2017) zufolge sind 17 Prozent der Menschen in der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren in Baden-Württemberg ohne jedweden beruflichen oder akademischen Abschluss. Diese Personen sind nicht nur besonders armutsgefährdet, sondern sie drohen mit steigenden oder wechselnden Kompetenzanforderungen in der Transformation beruflich den Anschluss zu verlieren. Zudem verdeutlichen sie die Widersprüchlichkeiten rund um den Fachkräftemangel.

Der Fachkräftemangeldiskurs, wie er von Arbeitgeberverbänden und Kammern geführt wird, ist stets auch interessengeleitet, wie das WSI (Seils 2018) in einem Vergleich der Angaben der Industrie- und Handelskammern mit den tatsächlichen Angebots- und Nachfragerelationen auf dem Arbeitsmarkt gezeigt hat: »Die Klagen der Unternehmer über den Fachkräftemangel sind Ausdruck ihres Bestrebens, die Arbeitskosten niedrig zu halten. Ursächlich ist also kein Mangel an Fachkräften, sondern an Zahlungsbereitschaft.« Angesichts der Herausforderungen, in der Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik die Transformation der Industrie erfolgreich zu meistern, darf sich die Landesregierung nicht auf Moderation beschränken, sondern muss endlich eine aktive Fachkräftepolitik betreiben.

Erstens sollte sich das Land zu guter Arbeit mit Tarifverträgen und zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung als Voraussetzungen gelingender Fachkräftesicherung bekennen. Zweitens sollte es in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur mögliche Fachkräftebedarfe in bestimmten Berufen,

Branchen bzw. Regionen identifizieren und quantifizieren. Drittens sollte es gemeinsam mit den Sozialpartnern Problemlösungen entwickeln und in der Fläche aktiv umsetzen.

Dringend erforderlich sind dauerhafte Initiativen zur Gewinnung und Qualifizierung von mehr Fachkräften für die frühkindliche Bildung und die Pflege – mithin für diejenigen Branchen, für die die öffentliche Hand selbst Verantwortung als Arbeitgeber und für die Aus- und Weiterbildung trägt. So fehlen allein bis 2023 mehr als 12 000 Fachkräfte für die Ganztagsförderung aller Grundschulkinder im Land (s. »Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022« der Bertelsmann Stiftung). Die Gewerkschaft ver.di unterstützt die Forderung der Bertelsmann-Stiftung, das Land müsse gemeinsam mit allen Verantwortlichen sofort eine langfristige Fachkräfteoffensive auf den Weg bringen.

Wenn Arbeitgeber sich angesichts ihres Renditedrucks querstellen, scheitern Betriebsräte oder einzelne Beschäftigte oft mit ihren Weiterbildungsplänen. Baden-Württemberg sollte ihnen dann mit einem im Koalitionsvertrag angekündigten Qualifizierungseinkommen (s. Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg/CDU Baden-Württemberg 2021, S. 45) berufliche Mobilität und Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit ermöglichen: Denkbar ist die Unterstützung bei der Qualifizierung sowohl für einen Wechsel *zwischen* verschiedenen industriellen Sektoren als auch aus industriellen Sektoren ohne Zukunftsaussichten in den wachsenden Bereich der Humandienstleistungen wie frühkindliche Bildung oder Pflege, in denen tatsächlich gewaltige Fachkräfteengpässe bestehen. Sollen solche Branchenwechsel funktionieren und akzeptiert werden, müssen die Ausbildungskosten vollständig übernommen werden, und der Lohnersatz der Höhe des vorherigen Nettoeinkommens entsprechen.

6. Bildung in der Gerechtigkeitsoffensive – Voraussetzung für beruflichen Erfolg und sozialen Aufstieg

Die Gewerkschaften vertreten in der Bildungspolitik sowohl die Interessen von Erzieher:innen und Lehrer:innen als auch die ihrer Mitglieder, wenn sie Kinder in Betreuungseinrichtungen oder in der Schule haben, oder selbst Auszubildende im Betrieb und in der Berufsschule sind. Die Corona-Pandemie hat die Defizite der Schulen beispielsweise hinsichtlich der Rückstände in der Digitalisierung schonungslos offengelegt. Der häufige Unterrichtsausfall, das Fehlen flächendeckender Ganztagsangebote und die sinkende Attraktivität von staatlichen gegenüber privaten Schulen sind besorgniserregend.

Das Schulsystem im Land ist angesichts der Investitionsrückstände und der unzureichenden Personalausstattung seit Langem strukturell unter-

finanziert. Die Erhöhung der Bildungsinvestitionen und die Verbesserung der personellen Ausstattung sind auch die entscheidenden Hebel zu mehr Qualität im öffentlichen Bildungswesen. Dann wäre es keine Frage des Einkommens der Eltern, ob sie mit privater Nachhilfe die Mängel des öffentlichen Bildungssystems ausgleichen können. Auch muss die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht werden. Eine Grundschulempfehlung in Klasse vier darf nicht über den gesamten Schulerfolg entscheiden. Zu viele Jugendliche verlassen die Schule heute ohne Abschluss. Eine Ursache hierfür ist die mangelnde Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems. Auch in der frühkindlichen Bildung haben Eltern mit Kindern unter drei Jahren große Probleme, einen KiTa-Platz zu finden. Für Kinder über drei Jahren existieren viel zu wenig Ganztagsangebote, so dass vielen Kindern wichtige frühe Anregungen fehlen und ihre Eltern daran gehindert werden, beide voll sozialversicherungspflichtig zu arbeiten.

Weiterbildung ist der Schlüssel zur Beschäftigungssicherung in der Transformation. Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer »Qualifizierungsoffensive« gute Ansätze identifiziert, die Weiterbildungsbeteiligung zu steigern (Staatsministerium Baden-Württemberg 2020), die mit Blick auf die anstehenden Strukturveränderungen in der Industrie auch umgesetzt werden müssen.

7. Risiken und Herausforderungen für das baden-württembergische Exportmodell

Die Abhängigkeit baden-württembergischer Exporteure von Ausfuhren in die Volksrepublik China ist zwischen 2010 und 2020 stark angewachsen: Die Exporte, unter denen Kraftfahrzeuge, Maschinen und elektronische/elektrische Teile dominieren (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2022c), stieg in diesen zehn Jahren um 53 Prozent auf 17 Milliarden Euro jährlich (neun Prozent aller Ausfuhren insgesamt). Gleichzeitig stiegen die Exporte in die USA im selben Zeitraum um 41 Prozent auf 23 Milliarden Euro (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2022d). Das Land ist ökonomisch mithin auf gute und langfristig tragfähige Beziehungen Deutschlands sowohl zu den Vereinigten Staaten als auch zur Volksrepublik China angewiesen.

Eine Eintrübung des Verhältnisses zu China auch im Zuge des neuen Paradigmas einer werteorientierten Außenpolitik und ggf. des Taiwankonflikts würde spürbare negative Folgen für die Südwestwirtschaft haben. Mit der Ausrichtung auf Premiumgüter des Fahrzeugbaus und des Maschinenbaus geht auch eine starke Exportorientierung auf die größten Volkswirtschaften einher. Tooze (2022) warnt zu Recht, dass ein »Umschwenken vom Energiekrieg mit Russland zu einem Handelskrieg mit China ökonomisch gesehen der Worst Case« wäre.

Das derzeitige Exportmodell wird auch von Dullien (2021, S. 2) hinterfragt, wonach auch mit Blick auf die Folgen der Coronakrise »in den kommenden Jahren mit einer gewissen Deglobalisierung zu rechnen« sei. Die starke Störanfälligkeit der internationalen Lieferketten ist tatsächlich eine Schattenseite der globalen Arbeitsteilung. Dullien prognostiziert deswegen eine »Renationalisierung oder Reregionalisierung von Lieferbeziehungen« (ebd. S. 1).

In diesem Sinne plädieren wir für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der globalen Ausrichtung der baden-württembergischen Industrie. Der derzeitige Abgesang auf das Exportmodell wird demgegenüber in Medien und Politik oft zu schrill vorgetragen. Richtig ist die Kritik an kostengetriebenen Verlagerungen an Niedriglohnstandorte entlang der Wertschöpfungskette. Ebenso notwendig ist es, dass neue Schlüsseltechnologien rund um Batteriezellen und Informationstechnik in das hiesige Industriecluster integriert werden müssen.

Wenn offene Märkte und grenzenlose Globalisierung unter Druck geraten, ist das zunächst einmal als ein Risiko für die Industriestrategie des Südwestens zu werten. Wenn auch die Landespolitik dieses Risiko zunehmend thematisiert, kommt es darauf an, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Benötigt wird zum einen eine eigene Industriepolitik, die die Energieversorgung zuverlässig absichert und zugleich die Energiewende vorantreibt. Gleichzeitig muss die Technologie- und Produktionsabhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Asien durch eine eigene technologische Basis rund um vor Ort lokalisierte Batteriezellfabriken und IT-Kompetenz begrenzt werden. Dies bedeutet aber zunächst einmal keine Abwendung von globalen Märkten, sondern vielmehr eine zukunftsfähige Neuaufstellung rund um mehr Resilienz und den Erhalt der Innovationsfähigkeit. In Ergänzung dazu braucht es eine gestärkte Binnenkaufkraft mit höheren Löhnen sowie mit höheren öffentlichen und privaten Investitionen vor Ort. Der Lösungsweg der höheren öffentlichen Investitionen mit Schwerpunkten in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur, die auch entsprechende private Folgeinvestitionen auslösen würden, wird allerdings durch die rigide Haushaltspolitik blockiert.

8. Höhere öffentliche Investitionen als Schlüssel zur Zukunftssicherung

Baden-Württemberg braucht dringend Innovationen, wenn es eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas bleiben will. Das beinhaltet auch, in den Groß- und Universitätsstädten leistbaren Wohnraum für Innovatoren und Gründer zu schaffen: Auszubildende, Studierende und junge Beschäftigte anzuziehen, die sonst ihre Ideen woanders umsetzen. Es wird Zeit, eine Willkommenskultur für kluge Köpfe zu schaffen und zu pflegen.

Auch strukturpolitisch müssen die richtigen Weichen gestellt werden: Mit einem »Green New Deal«, der auch im Interesse der abhängig Beschäftigten ökologische und soziale Perspektiven zusammenbindet, kann die Transformation der Schlüsselindustrien Automobil und Maschinenbau gelingen. Auch für eine gelingende Klima-, Energie- und Verkehrswende, den Wohnungsbau und die Ertüchtigung der Krankenhäuser sind deutlich höhere öffentliche Zukunftsinvestitionen erforderlich. Dazu müssen allerdings die beiden großen Tabus der baden-württembergischen Landespolitik, Schuldenbremse und »schwarze Null«, gebrochen werden. Über die Festlegungen der Landesregierung hinaus, die zum Erreichen der Klimaziele stark auf ökonomische Anreizwirkungen und privatwirtschaftliche Initiativen setzt, sind komplementär dazu höhere öffentliche Zukunftsinvestitionen unerlässlich. Denn das Land steht – wie andere Industrieregionen auch – vor gewaltigen Herausforderungen, weil Landes- und Bundespolitik in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig ambitioniert waren und Megatrends zwar wahrgenommen, aber nicht bewältigt wurden. Genannt seien die alternde Gesellschaft, Defizite bei der Integrationspolitik, Defizite bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die Notwendigkeit der Dekarbonisierung der Industrie sowie die Energie- und Verkehrswende.

Wenn Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben will, muss auch stärker in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur investiert werden, d.h. in Schulen- und Hochschulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnungen, Krankenhäuser, Schienen und die Sanierung von Straßen, den Breitbandausbau sowie in Windkraft und Solaranlagen. Ansonsten drohen nicht nur erhebliche Wertverluste, auch die Klimaziele werden verfehlt.

Das KfW-Kommunalpanel (Rüffer/Scheller 2021) führt bei den baden-württembergischen Gemeinden, für deren Ausfinanzierung das Land mitzuständig ist, erhebliche Investitionsrückstände im Umfang von insgesamt 13 Mrd. Euro auf. Genannt werden u.a. der öffentliche Personennahverkehr, Verwaltungsgebäude, die Abfallentsorgung und ein klimaneutraler Wohnungsbau. Der Rückstand bei den Krankenhausinvestitionen, die ganz überwiegend vom Land aufzubringen sind, beträgt für den Zeitraum 2015 bis 2019 insgesamt 1,5 Mrd. Euro (Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft 2021). Den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei den Hochschulen hat die Landesregierung auf 5,9 Mrd. Euro beziffert (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2019). Daneben bestehen nach Berechnungen der Agora Energiewende (Krebs/Steitz 2021) in den baden-württembergischen Gemeinden und beim Land auch erhebliche und z.T. zusätzliche Investitionsbedarfe von 11,3 Mrd. Euro, die hinzukommen und gleichfalls finanziert werden müssen, u.a. für die ökologische Ertüchtigung des Fern-

wärmenetzes, die energetische Gebäudesanierung, den klimaneutralen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr.

Ein Finanzierungsweg könnte die Einrichtung etwa eines Baden-Württemberg-Fonds sein, um die nötigen Spielräume für Investitionen zu schaffen. Hierfür braucht es zum einen den politischen Willen, zum anderen die nötige verfassungsrechtliche Expertise. Konkret sollte die Landespolitik eine Enquete-Kommission des Landtags einsetzen, die mit Sachverständigen und unter Beteiligung von Gewerkschaften, Umweltverbänden und Klimabewegung öffentlich über die Frage diskutiert, wie Baden-Württemberg die erforderlichen Investitionen in eine gelingende Klima-, Energie- und Verkehrswende und in seine öffentliche Infrastruktur ermöglichen und umsetzen kann. Jüngst haben die Kommunalen Spitzenverbände zusammen mit Unternehmensverbänden einen »Ermutigungs und Entfesselungspakt« gefordert, der dem Dreiklang Abbau von Regulierung, Aufgabenkritik und Entbürokratisierung folgt. Jenseits der ideologischen Rhetorik: Sinnvoll wäre die Initiative dann, wenn es um einen handlungsfähigen und stärker digitalen Staat gehen würde. Untauglich und aus der Zeit gefallen wäre die Neuauflage des schlanken Staats, der weder Menschen noch Unternehmen nutzt, weil dieser Mangel verwaltet, überfordert und schlicht handlungsunfähig wäre.

9. Die Verkehrswende auf die Spur setzen und gerecht finanzieren

Wie kann die Verkehrswende gerecht finanziert werden? Der Ansatz der grün-schwarzen Landespolitik, die Kosten für die Verkehrswende in Baden-Württemberg mit einer Nahverkehrsabgabe (vgl. Brenck/Gipp/Moschner 2020) vor allem auf die Beschäftigten abzuwälzen, weisen wir zurück. Viele abhängig Beschäftigte in Baden-Württemberg sind darauf angewiesen, mit einem eigenen Fahrzeug den Arbeitsplatz zu erreichen. Viele Menschen gerade im ländlichen Raum sind gar nicht mehr an den öffentlichen Verkehr angeschlossen. Sie wären gezwungen, neben der Nahverkehrsabgabe auch ihr eigenes Fahrzeug weiter zu finanzieren und würden mithin doppelt belastet.

Wenn Grün-Schwarz dennoch eine kommunale Nahverkehrsabgabe einführen sollte, muss die neue Abgabe mit progressiven Aufkommens- und Verteilungswirkungen ausgestaltet werden, d.h., mit steigendem Einkommen sollte die Belastung steigen, mit sinkendem Einkommen sinken. Zudem sind die Arbeitgeber:innen an der Finanzierung der Mobilitätskosten ihrer Beschäftigten systematisch zu beteiligen.

Wie auch bei der von Sozialminister Manfred Lucha geplanten Finanzierung einer Pflegekammer durch die Pflegebeschäftigten selbst folgen die Pläne des Verkehrsministers Winfried Hermann zur Finanzierung der Verkehrswende durch eine neue und grundsätzlich für nahezu alle Menschen

verpflichtend zu entrichtende Nahverkehrsabgabe einem merkwürdigem Staatsverständnis. Die grün-schwarze Landespolitik kann einerseits an ihrer Austeritätspolitik mit »Schuldenbremse« und »schwarzer Null« festhalten und lässt die Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung ihrer politischen Ziele mit einer Sonderabgabe bezahlen. Gerecht geht anders. Inwieweit die bundesweite Einführung des 49-Euro-Tickets die Nahverkehrsabgabe politisch erledigt, bleibt abzuwarten.

10. Auf die Gewerkschaften kommt es an!

Mit unserer über mehrere Jahre angelegten Kampagne »BWGERECHT.jetzt« haben wir das Leitbild eines gerechten Baden-Württembergs formuliert: gute Arbeitsbedingungen, Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen und eine verlässliche Daseinsvorsorge. Das sind unsere Kernanliegen. Wir sind überzeugt: Auch in Zeiten von Krieg und Krisen, von sich gegenseitig verstärkenden globalen Herausforderungen sowie sich beschleunigenden technologischen und sozialen Prozessen lässt sich die Zukunft positiv gestalten. Aus Umbrüchen dürfen keine Brüche werden.

Literatur

- Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (2021): Pressemitteilung vom 28.4.2021
- Brenck, Andreas/Gipp, Christoph/Moschner, Sarah (2020): Gutachten: Mobilitätspass – Finanzielle Auswirkungen ausgewählter Instrumente der Drittnutzerfinanzierung im ÖPNV für vier Modellkommunen/-regionen, im Auftrag des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg, Berlin
- Bundesagentur für Arbeit (2022a): Der Arbeitsmarkt im März 2022 – Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig: Der Bedarf an Fachkräften bleibt auf einem hohen Niveau, Pressemitteilung vom 31.3.2022
- Bundesagentur für Arbeit (2022b): Gemeldete Ausbildungsstellen nach Wirtschaftszweigen im Berichtsmonat Dezember 2021, Stuttgart
- Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg/CDU Baden-Württemberg (2021): Jetzt für Morgen – Der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg, Stuttgart
- Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2021): Grundsicherungsfälle im Alter und bei Erwerbsminderung 2003–2020 auf Basis von Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg und des Statistischen Bundesamts, Stuttgart
- Deutsche Rentenversicherung (2021): Rentenzugangsstatisik für das Berichtsjahr 2020 und Rentenbestandsstatistik am 31.12.2020; durchschnittliche monatliche Zahlungsbeträge der Zugangs- wie Bestandsrentenarten in Baden-Württemberg in Euro
- DGB Baden-Württemberg (2019): Nur eine handlungsfähige Gewerbeaufsicht kann einen wirksamen Arbeitsschutz gewährleisten, Newsletter 6/2019, Stuttgart
- DGB Baden-Württemberg (2022a): »Immer mehr Menschen arbeiten zusätzlich in einem Minijob«, Newsletter 2, Stuttgart
- DGB Baden-Württemberg (2022b): »Wie sieht der DGB die Lage rund um Ausbildung in Baden-Württemberg?«, Präsentation zur Veranstaltung der SPD-Landtagfraktion am 30.5.2022

Sozial-ökologische Transformation – Trends und Umbrüche

- Dullien, Sebastian (2021): Nach der Corona-Krise: Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik, IMK Policy Brief Nr. 100, Januar, Düsseldorf
- Hans-Böckler-Stiftung (2019): Zahl der Beschäftigten in der Leiharbeit und der befristet Beschäftigten in Baden-Württemberg 1991 bis 2018, Düsseldorf
- Hans-Böckler-Stiftung (2022): Geringfügig entlohnte Beschäftigung, mit Daten einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit, WSI-Monitor »Arbeitsmarkt im Wandel«, Düsseldorf
- Krebs, Tom/Steitz, Janek (2021): Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021–2030, für Agora Energiewende, Forum New Economy, H. 3
- Krebs, Tom/Windels, Torsten (2020): Zusammenhalt stärken und Zukunft schaffen – Konjunktur- und Transformationsprogramm für Baden-Württemberg im Auftrag des DGB Baden-Württemberg, 23.9.2020, unveröffentlichter Tabellenanhang
- Lübker, Malte/Schulten, Thorsten (2019): Tarifbindung in den Bundesländern – Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten, mit Daten aus dem IAB-Betriebspanel, Düsseldorf
- Ministerium für Finanzen (2021): Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2020 bis 2024, Stuttgart, Stand: März
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (2019): Antwort auf die Anfrage u.a. der FDP/DVP »Investitionsbedarfe an den Hochschulen in Baden-Württemberg«, Drucksache 16/5613 vom 30.1.2019
- Scholz, Jendrik (2020): DGB-Rentenreport Baden-Württemberg 2020 – Zur Situation der abhängigen Beschäftigung und der gesetzlichen Rente in Baden-Württemberg – eine Sammlung ausgewählter empirischer Befunde, mit Daten der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg und mit Mikrozensus-Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, Stuttgart
- Seils, Eric (2018): Mangel an Fachkräften oder Zahlungsbereitschaft? Eine Analyse von Daten des DIHK, WSI-Report Nr. 41, Düsseldorf
- Staatsministerium Baden-Württemberg (2020): Sicherheit und Chancen im Wandel – eine gemeinsame ressortübergreifende Qualifizierungsoffensive für Baden-Württemberg, Stuttgart
- Statistisches Bundesamt (2017): Fachserie Bevölkerung mit Migrationshintergrund für Baden-Württemberg 2017 – Ergebnisse des Mikrozensus 2017; Bevölkerung 2017 nach Migrationsstatus, beruflichem Abschluss und Geschlecht, Wiesbaden
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022a): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Beschäftigungsumfang, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022b): Armutsgefährdungsquoten in Baden-Württemberg (Landesmedian) im Jahr 2021, Pressemitteilung vom 12.5.2022, Stuttgart
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022c): Zu den olympischen Spielen: Außenhandel mit China erreicht 2021 Rekordwerte, Pressemitteilung 20 vom 4.2.2022
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2022d): Aus- und Einfuhr nach ausgewählten Ländern seit 1950, Daten: Außenhandelsstatistik, Stuttgart
- Tooze, Adam (2022): Neue Nato, alte Rezepte. Für eine strategische Autonomie Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 8, S. 41 bis 47
- ver.di Baden-Württemberg/DGB Baden-Württemberg (2020): Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Errichtung einer Landespflegekammer in Baden-Württemberg, Stuttgart